



Bild: Elma Korac

Christine Wohlwend
Fraktionssprecherin der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)



Bild: Daniel Schwendener

Christoph Wenaweser
Fraktionssprecher der Vaterländischen Union (VU)

Die vier Landtagsfraktionen und ihre Sichtweisen

Heute vor genau zwei Jahren wurde der Landtag für die Legislaturperiode 2013-2017 von Erbprinz Alois vereidigt. Ebenso am 27. März 2013 wurde die Regierung vom Landtag gewählt und von Erbprinz Alois ernannt. Regierung und Landtag haben also heute Halbzeit. «Eine grosse Leistung des Gesamtlantags stellt für mich die Tatsache dar, dass nach kontroversen Diskussionen oft solide, in der Sache selbst wichtige, tragfähige Mehrheiten quer durch die Parteien entstanden sind», hält VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser in seiner Halbzeitbilanz fest.



Bild: Daniel Schwendener

Harry Quaderer
Fraktionssprecher der Unabhängigen (DU)



Bild: Daniel Schwendener

Helen Konzett Bargetze
Fraktionssprecherin der Freien Liste (FL)

GÜNTHER FRITZ

Christine Wohlwend: Wie bereits anlässlich der diesjährigen Eröffnung des Landtages im Januar 2015 betont, stehen uns Reformentscheidungen im Landtag bevor, die für unsere Sozialsysteme von grosser Bedeutung sind. Es zeichnet sich ab, dass nunmehr nach mehreren unwirksamen Anläufen die dringlich notwendige Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) noch vor der Sommerpause und abschliessend im Jahr 2015 verabschiedet werden kann, die AHV-Revision sowie die Überarbeitung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge sind ebenfalls in Arbeit. Die FBP-Fraktion ist der Überzeugung, dass die wichtigsten und dringlichsten Aufgaben für unser Land derzeit bereits in der Pipeline sind. Massnahmen im Zusammenhang mit unseren Sozialsystemen sind eng miteinander verzahnt. Beitragsbefreiungen, Prämienvergünstigungen, einschlägige Förderungen werden teils aufgrund unterschiedlicher Grundlagen ausgerichtet. Es ist wichtig, dass hier auch eine gewisse Gesamtsicht dieser Sozialsysteme nicht aus den Augen gelassen wird. Gespannt sind wir daher auf die noch in diesem Jahr zu erwartende Postulats-Beant-

wortung zum FBP-Thema «Subventionen und Transferleistungen an Private». In diesem Postulat hat die FBP-Fraktion aufgrund der weitreichenden Spardiskussionen eine umfassende Prüfung und Darstellung der einzelnen staatlichen Leistungen auf deren Treffsicherheit und Sinnhaftigkeit unter den heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten hin gefordert. Die Reichweite und die Vollständigkeit der Abklärungen erklären auch die längere Beantwortungsfrist. Die Postulats-Beantwortung, da bin ich überzeugt, zeigt erstmals die Vernetzung sämtlicher Leistungen auf und wird für den Landtag eine aufschlussreiche Grundlage sein, um weitere Einzelmassnahmen zur Verteilung staatlicher Unterstützungsleistungen gesamtheitlich betrachten zu können. Fasst man den Kreis etwas weiter und denkt an Optimierungen im Rahmen der Zusammenarbeit, so drängt sich eine Abklärung der Effizienz unserer Corporate-Governance-Regelungen auf. Für meinen Geschmack wurde in dieser Legislaturperiode zu oft genau dieses Gesetz als Begründung für einen sich abzeichnenden Missstand herangezogen.

Christoph Wenaweser: Die langfristige Sicherung des Staatshaushalts steht weiterhin zuoberst im Pflichtenheft von Regierung und Landtag. Die Landesrechnungen 2014 und wahrscheinlich auch 2015 werden, getrieben von einmaligen Sondereffekten und eines sich steuerlich erfreulich auswirkenden Geschäftsjahres 2014 vieler namhafter liechtensteinischer Unternehmen, positiv ausfallen. Das darf die Bemühungen um eine strukturelle Stabilisierung des Staatshaushalts nicht erlahmen lassen. Dazu gehört weiterhin die Überprüfung der vom Staat wahrgenommenen Aufgaben zwecks Abbau von Staatsapparat, Regulierungsdichte und Bürokratie.

Die Wirtschaft muss weiterhin gute Rahmenbedingungen vorfinden.

Die kurzfristig erneut auf den Radar gelangte Universität Liechtenstein wird den Landtag ebenfalls beschäftigen. Die Fehler der Vergangenheit und das Informationsdesaster verlangen nach einer sauberen Aufarbeitung, nach Benennung der Verantwortlichen und nach Konsequenzen. Nur einseitig eine Prüfgesellschaft um viel Geld auf die Uni los lassen, ist mitunter nicht genug. Die Wirtschaft in Liechtenstein muss weiterhin gute Rahmenbedingungen vorfinden, um Arbeitsplätze zu erhalten. Ohne das wird der anstehenden Reform der Sozialwerke kein nachhaltiger Erfolg beschieden sein. Die KVG-Reform kommt noch vor dem Sommer in den Landtag, im Herbst folgen die Revision des AHV-Gesetzes und des Gesetzes über die Betriebliche Personalvorsorge, die im Moment nicht gesondert eingegangen werden. Die Entflechtung von Kirche und Staat harret einer definitiven Entscheidung, seitens unserer Fraktion mit einem klaren Ja – mit oder ohne Konkordat. Weiterhin

Paket zu behandeln sind. Auf die S-Bahn muss an dieser Stelle für den Moment nicht gesondert eingegangen werden. Die Entflechtung von Kirche und Staat harret einer definitiven Entscheidung, seitens unserer Fraktion mit einem klaren Ja – mit oder ohne Konkordat. Weiterhin

Worin sehen Sie die wichtigsten Aufgaben des Landtags in den kommenden zwei Jahren? Welche Reformwerke liegen Ihnen besonders am Herzen? Gibt es jetzt schon klare Positionen Ihrer Fraktion, denen Sie unbedingt zum Durchbruch verhelfen wollen? Wie sehen Sie das Profil Ihrer eigenen Fraktion?



Harry Quaderer: Die Unabhängigen haben sich geschlossen gegen das S-Bahn-Projekt gestemmt. Es scheint, dass sich dieses Projekt nun aber von selbst aufgelöst hat. Aufgelöst in innen- und aussenpolitischem Unvermögen der Koalitionsregierung. Vielleicht wird unsere Regierung ja nicht locker lassen und es erneut versuchen. Wir werden uns weiter gegen dieses «abverheite» Projekt einsetzen. Es stehen natürlich ein paar gewaltige Brocken an. KVG-Revision, AHV, Kirche und Staat und nicht zuletzt ein Thema, dem sich die Unabhängigen mit aller Kraft widmen werden: den Staatsapparat zu reduzieren. Unserer Ansicht nach ist der Staatsapparat nach wie vor ganz gewaltig aufgebläht. Wir werden unseren Staatshaushalt nie in den Griff bekommen, wenn wir nicht in der Lage sind, die Hebel am richtigen Ort anzusetzen. Bei der KVG-Revision werden wir ein Wörtchen mitreden. Wir werden es nicht zulassen, dass die «Geldsauger» sich zulasten der Allgemeinheit weiter bereichern. Wir wollten Transparenz und Vergleichbarkeit und Tarife, die sich mit jenen im Kanton SG vergleichen lassen. Tarmed wurde von uns ins Spiel gebracht und wir

werden keine Arbeit scheuen, eine Volksabstimmung zu lancieren, sollte die Regierung keine faire Lösung zugunsten des Prämienzahlers vorlegen.

Helen Konzett Bargetze: Der Landtag muss trotz des sich nähernden Endes der Legislatur Reformen vorantreiben und abschliessen: Bei Sozialreformen denke ich da an die nachhaltige Sicherung der AHV im Gleichschritt mit der Reform des Gesetzes zur Betrieblichen Pensions-Versicherung. Die Vorschläge der Regierung gehen der FL-Fraktion zu wenig weit, wir brauchen erhöhte Beiträge und existenzsichernde Leistungen im Alter. Bei der Reform des Krankenversicherungsgesetzes darf der Staat nicht mehr nur auf Kosten der Versicherten sparen. Die Kosten für die Versicherten müssen mindestens stabilisiert, besser gesenkt werden. Auch dieses Jahr werden wir wieder eine Erhöhung des Staatsbeitrags zur Prämienverbilligung bei der Krankenkasse von 33 Mio. auf 42 Mio. Franken beantragen. Die Versicherten sind schon genug belastet, nun müssen die Leistungserbringer mit in die Pflicht. Für die Wirtschaft müssen wir die guten Rahmenbedingungen im Spannungsfeld von Frankenstärke und Fachkräftemangel, aber auch durch

optimale Bildungsmöglichkeiten erhalten. Gespannt bin ich auf den Entscheid des Landtags zur Trennung von Kirche und Staat. Hierbei stelle ich dem Regierungschef schlechte Noten aus. Ich befürchte, dass seine Vorschläge inakzeptabel sein werden. Wir warten ungeduldig auf die mehrfach verschobene Anhebung der Mindestvertragssteuer. Sie ist überfällig und wird die Staatskasse und damit die Einwohner entlasten. Besonderen Einsatz braucht auch weiterhin die für unsere Wirtschaft immens wichtige S-Bahn, die nun nach dem überraschenden Diskussionsbedarf des österreichischen Verkehrsministers noch etwas Zeit braucht.

Die Anhebung der Mindestvertragssteuer ist überfällig.